

Synopse**Änderung der Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts (GO VG) - Geschlechtsneutrale Formulierung**

Von diesem Geschäft tangierte Erlasse (BGS-Nummern)

Neu: –

Geändert: **162.11**

Aufgehoben: –

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
	Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts (GO VG)
	<p><i>Das Verwaltungsgericht des Kantons Zug,</i></p> <p>gestützt auf § 56 des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz; VRG) vom 1. April 1976[BGS 162.1],</p> <p><i>beschliesst:</i></p>
	I.
	Der Erlass BGS 162.11 , Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts (GO VG) vom 14. Januar 1977 (Stand 28. Februar 2025), wird wie folgt geändert:
Geschäftsordnung des Verwaltungsgerichts (GO VG)	
vom 14. Januar 1977	
<i>Das Verwaltungsgericht des Kantons Zug,</i>	
gestützt auf § 56 des Gesetzes über den Rechtsschutz in Verwaltungssachen (Verwaltungsrechtspflegegesetz; VRG) vom 1. April 1976[BGS 162.1],	
<i>beschliesst:</i>	

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
1. Organisation	
<p>§ 1 Amtseid und Amtsgelöbnis</p> <p>¹ Der Präsident und die Mitglieder des Verwaltungsgerichtes leisten das Amtsgelöbnis in der ersten Sitzung der Amtsperiode; die Ersatzleute in der ersten Sitzung, zu der sie beigezogen werden.</p> <p>² Die Eidesformel lautet: «Ich schwöre, die Verfassung und die Gesetze des Bundes und des Kantons getreu zu befolgen, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten und zu schützen, die Ehre und Wohlfahrt des Kantons Zug zu fördern und überhaupt allen amtlichen Pflichten so nachzukommen, dass ich es vor Gott verantworten kann.»</p> <p>³ Die Gelöbnisformel lautet: «Ich gelobe, die Verfassung und die Gesetze des Bundes und des Kantons getreu zu befolgen, die Rechte und Freiheiten des Volkes zu achten und zu schützen, die Ehre und Wohlfahrt des Kantons Zug zu fördern und überhaupt allen amtlichen Pflichten gewissenhaft nachzukommen.»</p>	<p>¹ Der Präsident und die <u>Die Mitglieder des Verwaltungsgerichtes</u> Verwaltungsgerichts leisten den Amtseid oder das Amtsgelöbnis in der ersten Sitzung der Amtsperiode; die Ersatzleute <u>Ersatzmitglieder</u> in der ersten Sitzung, zu der sie beigezogen werden.</p>
<p>§ 2 Wahl des Vizepräsidenten</p> <p>¹ Das Verwaltungsgericht wählt den Vizepräsidenten aus seinen Mitgliedern.</p>	<p>§ 2 Wahl des Vizepräsidenten <u>Vizepräsidiums</u></p> <p>¹ Das Verwaltungsgericht wählt <u>die Vizepräsidentin oder</u> den Vizepräsidenten aus seinen Mitgliedern.</p>
<p>§ 3 Gesamtgericht</p> <p>¹ Dem Gesamtgericht obliegen folgende Geschäfte:</p> <p>1. Wahl des Vizepräsidenten;</p> <p>2. Bestellung der Kammern und Wahl je eines Vorsitzenden der einzelnen Kammern sowie Bezeichnung der Einzelrichter, wo die Gesetzgebung dies vorsieht;</p>	<p>1. Wahl <u>der Vizepräsidentin oder</u> des Vizepräsidenten;</p> <p>2. Bestellung der Kammern und Wahl je eines der <u>ein</u> Vorsitzenden der einzelnen Kammern sowie Bezeichnung der <u>Einzelrichterinnen und</u> Einzelrichter, wo die Gesetzgebung dies vorsieht;</p>

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>3. Wahl der Gerichtsschreiber, des Generalsekretärs und des Kanzleipersonals sowie Wahrnehmung der Aufsicht gemäss Verantwortlichkeitsgesetz;</p> <p>4. Erlass der Geschäftsordnung;</p> <p>5. Erlass der Verordnung über die Gebühren;</p> <p>6. Verabschiedung des Voranschlages zuhanden des Regierungsrates;</p> <p>7. Festsetzung der Besoldung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen des Personalgesetzes.</p> <p>8. Erstattung des Rechenschaftsberichtes zuhanden des Kantonsrates;</p> <p>9. Beschlussfassung im Verkehr mit dem Kantonsrat und dem Regierungsrat;</p> <p>10. Beurteilung von grundsätzlichen Rechtsfragen, die ihm von einer Kammer oder vom Präsidenten vorgelegt werden.</p> <p>11. Aufsicht über die Schätzungskommission und Genehmigung der Geschäftsordnung der Schätzungskommission gemäss den §§ 61 Abs. 3 und 61a Abs. 4 des Planungs- und Baugesetzes[BGS 721.11].</p> <p>² Für die Behandlung von Verwaltungsgeschäften ist das Gesamtgericht bei Anwesenheit von mindestens fünf Richtern beschlussfähig. Die Wahl der Beamten und Angestellten erfolgt nach den Vorschriften von § 26 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Regierungsrates[BGS 151.1].</p> <p>³ Die Anstellung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erfolgt nach den Vorschriften von § 4 ff. des Personalgesetzes[BGS 154.21].</p>	<p>3. Wahl der Gerichtsschreiber, des Generalsekretärs und des Kanzleipersonals <u>Personals der Gerichtskanzlei</u> sowie Wahrnehmung der Aufsicht gemäss Verantwortlichkeitsgesetz[BGS 154.11];</p> <p>6. Verabschiedung des Voranschlages <u>Voranschlags</u> zuhanden des Regierungsrates <u>Kantonsrats</u>;</p> <p>7. Festsetzung der Besoldung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Rahmen des Personalgesetzes_;</p> <p>8. Erstattung des Rechenschaftsberichtes <u>Rechenschaftsberichts</u> zuhanden des Kantonsrates <u>Kantonsrats</u>;</p> <p>10. Beurteilung von grundsätzlichen Rechtsfragen, die ihm von einer Kammer oder vom Präsidenten <u>Präsidium</u> vorgelegt werden_;</p> <p>11. Aufsicht über die Schätzungskommission und Genehmigung der Geschäftsordnung der Schätzungskommission gemäss den §§ 61 Abs. 3 und 61a Abs. 4 <u>§ 61 Abs. 3 und 61a Abs. 4</u> des Planungs- und Baugesetzes[BGS 721.11].</p> <p>² Für die Behandlung von Verwaltungsgeschäften ist das Gesamtgericht bei Anwesenheit von mindestens fünf Richtern <u>Mitgliedern</u> beschlussfähig. Die Wahl der Beamten und Angestellten erfolgt nach den Vorschriften von § 26 des Kantonsratsbeschlusses über die Geschäftsordnung des Regierungsrates <u>Regierungsrats</u> [BGS 151.1].</p>
<p>§ 4 Organisation</p>	

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>¹ Das Verwaltungsgericht bestimmt aus seiner Mitte folgende Kammern:</p> <ol style="list-style-type: none">1. die verwaltungsrechtliche Kammer;2. die abgaberechtliche Kammer;3. die sozialversicherungsrechtliche Kammer;4. die fürsorgerechtliche Kammer. <p>² Die Kammern bestehen aus je fünf Mitgliedern. Sie urteilen in Fünfer- oder Dreierbesetzung gemäss § 20. Bei Verhinderung eines Mitgliedes der Dreierkammer werden in erster Linie die weiteren Mitglieder der Kammer beigezogen, in zweiter Linie die übrigen ordentlichen Mitglieder des Gerichts und die Ersatzmitglieder. Dabei sind die §§ 10 und 12 sinngemäss anwendbar.</p> <p>³ ...</p>	<p>² Die Kammern bestehen aus je fünf Mitgliedern. Sie urteilen in Fünfer- oder Dreierbesetzung gemäss § 20. Bei Verhinderung eines Mitgliedes <u>Mitglieds</u> der Dreierkammer werden in erster Linie die weiteren Mitglieder der Kammer beigezogen, in zweiter Linie die übrigen ordentlichen Mitglieder des Gerichts und die Ersatzmitglieder. Dabei sind die §§ 10 und 12 <u>§ 10 und 12</u> sinngemäss anwendbar.</p>
<p>§ 5 Verwaltungsrechtliche Kammer</p> <p>¹ Die verwaltungsrechtliche Kammer beurteilt:</p> <ol style="list-style-type: none">1. die Verwaltungsgerichtsbeschwerden, ausgenommen die der abgaberechtlichen und der fürsorgerechtlichen Kammer zugewiesenen;2. die Streitigkeiten vorwiegend vermögensrechtlicher Art nach kantonalem Recht gemäss § 76 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes, ausgenommen Beschwerden gegen Verfügungen der Familienausgleichskassen (§ 76 Ziffer 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes);3. die verwaltungsrechtlichen Klagen aus Streitigkeiten zwischen Körperschaften des öffentlichen Rechts sowie zwischen Privaten und Körperschaften des öffentlichen Rechts gemäss § 80 und § 81 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes.	<ol style="list-style-type: none">2. die Streitigkeiten vorwiegend vermögensrechtlicher Art nach kantonalem Recht gemäss § 76 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes, ausgenommen Beschwerden gegen Verfügungen der Familienausgleichskassen (§ 76 Ziffer 1 <u>§ 76 Abs. 1 Ziff. 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes</u>) <u>Verwaltungsrechtspflegegesetzes</u> [BGS 162.1]);

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>4. Beschwerden und Haftüberprüfungen im Zusammenhang mit Entfernungs-, Fernhalte- und Zwangsmassnahmen gemäss §§ 64 ff. des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer[SR 142.20] in Einzelrichterkompetenz.</p>	<p>4. Beschwerden und Haftüberprüfungen im Zusammenhang mit Entfernungs-, Fernhalte- und Zwangsmassnahmen gemäss §§ 64<u>§ 64</u> ff. des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer<u>und über die Integration</u>[SR 142.20] in Einzelrichterkompetenz.</p>
<p>§ 6 Abgaberechtliche Kammer</p> <p>¹ Die abgaberechtliche Kammer beurteilt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Steuerstreitigkeiten (§ 74 und § 75 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes); 2. die Verwaltungsgerichtsbeschwerden, die ausschliesslich Gebühren und Abgaben betreffen; 3. Rekurse gegen Steuererlasse durch einen Einzelrichter / eine Einzelrichterin. 	<ol style="list-style-type: none"> 1. die Steuerstreitigkeiten (§ 74 und § 75 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes) Verwaltungsrechtspflegegesetzes[BGS 162.1]; 3. Rekurse gegen Steuererlasse durch einen Einzelrichter / eine Einzelrichterin<u>bzw. einen Einzelrichter</u>.
<p>§ 7 Sozialversicherungsrechtliche Kammer</p> <p>¹ Die sozialversicherungsrechtliche Kammer beurteilt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Beschwerden gegen die Verfügungen der Familienausgleichskassen gemäss § 76 Ziffer 1 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes; 2. die Beschwerden aus dem Gebiet der eidgenössischen Sozialversicherung, für die das Bundesrecht eine kantonale Rechtsmittelinstanz vorsieht (§ 77 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes); 3. als Versicherungsgericht die Klagen aus dem Gebiet der eidgenössischen Sozialversicherung, für deren Beurteilung das Bundesrecht eine einzige kantonale Gerichtsbehörde vorschreibt (§ 82 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes). 	<ol style="list-style-type: none"> 1. die Beschwerden gegen die Verfügungen der Familienausgleichskassen gemäss § 76 Ziffer 1<u>§ 76 Abs. 1 Ziff. 1</u> des Verwaltungsrechtspflegegesetzes[BGS 162.1];
<p>§ 7^{bis} Fürsorgerechtliche Kammer</p>	

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>¹ Die fürsorgerechtliche Kammer beurteilt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Beschwerden gegen fürsorgerrische Unterbringungen; 2. Beschwerden gegen Entscheide der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde; 3. Beschwerden gegen die Anordnung von Zwangsmassnahmen gemäss Gesundheitsgesetz. 	
<p>§ 8 Beurteilung</p> <p>¹ Die Kammern beurteilen die ihnen zugewiesenen Geschäfte endgültig.</p> <p>² Ein Geschäft ist dem Gesamtgericht vorzulegen, wenn eine Kammer bei der Beurteilung einer Rechtsfrage von einem grundsätzlichen Entscheid einer anderen Kammer abweichen will.</p>	
<p>§ 9 Präsident – Zuständigkeit</p> <p>¹ Dem Präsidenten obliegen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Zuweisung der Geschäfte an die einzelnen Kammern oder an das Gesamtgericht; 2. die Abschreibung von Angelegenheiten, die infolge Rückzuges, Anerkennung, Vergleichs oder aus anderen Gründen gegenstandslos geworden sind; 3. die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und des unentgeltlichen Rechtsbeistandes gemäss § 27 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes; 4. die Auferlegung von Ordnungsbussen gemäss § 33 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes; 5. die Vertretung des Gerichtes nach aussen; 	<p>§ 9 Präsident<u>Präsidium</u> – Zuständigkeit</p> <p>¹ Dem Präsidenten<u>Präsidium</u> obliegen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. die Abschreibung von Angelegenheiten, die infolge Rückzuges<u>Rückzugs</u>, Anerkennung, Vergleichs oder aus anderen Gründen gegenstandslos geworden sind; 3. die Bewilligung der unentgeltlichen Rechtspflege und des unentgeltlichen Rechtsbeistandes<u>Rechtsbeistands</u> gemäss § 27 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes[BGS 162.1]; 5. die Vertretung des Gerichtes<u>Gerichts</u> nach aussen;

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>6. die Gewährung von Rechtshilfe in Angelegenheiten der Verwaltungsgerichtsbarkeit und der Entscheid über Aktenedition an andere Behörden;</p> <p>7. Die Erledigung der anfallenden Verwaltungsgeschäfte, soweit diese nicht in die Zuständigkeit des Gesamtgerichtes fallen.</p> <p>² Ist ein Geschäft einer Kammer zugewiesen, so übt ihr Vorsitzender hinsichtlich der Verfahrensleitung und Verfahrenserledigung alle Befugnisse aus, welche die Gesetzgebung oder diese Geschäftsordnung, insbesondere in § 9 Abs. 1 Ziff. 2 bis 4 und Ziff. 6, §§ 11 und 12 sowie §§ 17 bis 32, dem Präsidenten überträgt.</p> <p>3</p>	<p>7. Die Erledigung der anfallenden Verwaltungsgeschäfte, soweit diese nicht in die Zuständigkeit des <u>Gesamtgerichtes</u> fallen.</p> <p>² Ist ein Geschäft einer Kammer zugewiesen, so übt ihr Vorsitzender<u>Vorsitz</u> hinsichtlich der Verfahrensleitung und Verfahrenserledigung alle Befugnisse aus, welche die Gesetzgebung oder diese Geschäftsordnung, insbesondere in § 9 Abs. 1 Ziff. 2 bis 4 und Ziff. 6, §§ 11 und 12<u>§§ 11 und 12</u> sowie §§ 17 bis 32<u>§§ 17 bis 32</u>, dem Präsidenten<u>Präsidium</u> überträgt.</p>
<p>§ 10 Präsident – Stellvertretung</p> <p>¹ Der Präsident wird bei Verhinderung durch den Vizepräsidenten und falls auch dieser verhindert ist, durch einen Kammervorsitzenden vertreten. Kammervorsitzende vertreten sich gegenseitig. Dabei obliegt die Vertretung in erster Linie dem amtsälteren, unter gleichzeitig gewählten dem der Geburt nach älteren Vorsitzenden. Nach der gleichen Ordnung vertreten nötigenfalls die weiteren Mitglieder den Präsidenten oder Kammervorsitzenden.</p> <p>² Bei länger dauernder Verhinderung kann das Gesamtgericht eine andere Ordnung treffen.</p>	<p>§ 10 Präsident<u>Präsidium</u> – Stellvertretung</p> <p>¹ Der<u>Die Präsidentin oder der</u> Präsident wird bei Verhinderung <u>in erster Linie</u> durch <u>die Vizepräsidentin oder den Vizepräsidenten</u> und falls auch dieser verhindert ist, <u>vertreten, bei deren Verhinderung durch ein</u>ende<u>die</u> Kammervorsitzenden vertreten. Kammervorsitzende vertreten sich gegenseitig. Dabei obliegt<u>erfolgt</u> die Vertretung in erster Linie dem amtsälteren<u>nach Amtsalter</u>, unter gleichzeitig gewählten dem der Geburt<u>Gewählten nach älteren</u> Vorsitzenden. Lebensalter. Nach der gleichen Ordnung vertreten nötigenfalls die weiteren Mitglieder den<u>Gerichtsmitglieder das Präsidium</u> oder <u>die</u> Kammervorsitzenden.</p>
<p>§ 11 Ausstand</p> <p>¹ Über ein Ausstandsbegehren gegen ein Mitglied des Gerichtes entscheidet die entsprechende Kammer, wobei das angefochtene Mitglied in Ausstand zu treten hat.</p> <p>² Der Präsident entscheidet über ein Ausstandsbegehren gegen den Gerichtsschreiber.</p>	<p>¹ Über ein Ausstandsbegehren gegen ein Mitglied des Gerichtes<u>Gerichts</u> entscheidet die entsprechende Kammer, wobei das angefochtene Mitglied in Ausstand zu treten hat.</p> <p>² Der Präsident<u>Das Präsidium</u> entscheidet über ein Ausstandsbegehren gegen <u>die Gerichtsschreiberin oder</u> den Gerichtsschreiber.</p>

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>§ 12 Ersatzmitglieder</p> <p>¹ Der Präsident zieht ein Ersatzmitglied bei, wenn ein Mitglied des Gerichtes verhindert ist oder wenn es angezeigt erscheint, ein Ersatzmitglied mit besonderen Fachkenntnissen beizuziehen; im zweiten Fall ist das Einverständnis des zu ersetzenden Mitgliedes notwendig.</p>	<p>¹ Der Präsident<u>Das Präsidium</u> zieht ein Ersatzmitglied bei, wenn ein Mitglied des Gerichtes<u>Gerichts</u> verhindert ist oder wenn es angezeigt erscheint, ein Ersatzmitglied mit besonderen Fachkenntnissen beizuziehen; im zweiten Fall ist das Einverständnis des zu ersetzenden Mitgliedes<u>Mitglieds</u> notwendig.</p>
<p>§ 13 Generalsekretär und Gerichtsschreiber</p> <p>¹ Der Generalsekretär ist dem Präsidenten unterstellt. Er leitet die gesamte Tätigkeit der Gerichtskanzlei und ist der Gerichtsschreiber des Gesamtgerichts.</p> <p>² An den Sitzungen der einzelnen Kammern nimmt ein Gerichtsschreiber teil, der beratende Stimme und das Recht hat, Anträge zu stellen. Der Gerichtsschreiber ist für die Redaktion der Entscheide der entsprechenden Kammer verantwortlich.</p> <p>³ ...</p>	<p>§ 13 Generalsekretär<u>Generalsekretariat</u> und <u>Gerichtsschreiberinnen sowie</u> Gerichtsschreiber</p> <p>¹ Der Generalsekretär<u>Das Generalsekretariat</u> ist dem Präsidenten<u>Präsidium</u> unterstellt. Er<u>Die Generalsekretärin oder der Generalsekretär</u> leitet die gesamte Tätigkeit der Gerichtskanzlei und ist der<u>der Gerichtsschreiberin bzw. der</u> Gerichtsschreiber des Gesamtgerichts.</p> <p>² An den Sitzungen der einzelnen Kammern nimmt <u>eine Gerichtsschreiberin oder ein Gerichtsschreiber</u> teil, der<u>mit beratender</u> Stimme und das<u>dem</u> Recht hat, Anträge zu stellen. Der<u>Die Gerichtsschreiberin bzw. der</u> Gerichtsschreiber ist für die Redaktion der Entscheide der entsprechenden Kammer verantwortlich.</p>
<p>§ 14 Rechnungswesen</p> <p>¹ Die Kanzlei des Verwaltungsgerichts besorgt das Rechnungswesen.</p>	
<p>§ 15 Auditoren</p> <p>¹ Das Verwaltungsgericht beschäftigt Auditoren, die zu ihrer Ausbildung beim Gericht zu arbeiten wünschen.</p> <p>² Die Auditoren können im Verfahren vor Einzelrichter und im Beweisverfahren zur Protokollführung beigezogen werden.</p>	<p>§ 15 <u>Auditorinnen und</u> Auditoren</p> <p>¹ Das Verwaltungsgericht beschäftigt <u>Auditorinnen und</u> Auditoren, die zu ihrer Ausbildung beim Gericht zu arbeiten wünschen.</p> <p>² Die Auditoren<u>Sie</u> können im <u>einzelrichterlichen</u> Verfahren vor Einzelrichter und im Beweisverfahren zur Protokollführung beigezogen werden.</p>

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>³ Die Vorschriften der Geschäftsordnung des Obergerichtes für die Gerichtskanzlei, die die Auditoren betreffen, sind sinngemäss anwendbar.[BGS 161.113]</p>	<p>³ Die Vorschriften der Geschäftsordnung des Obergerichtes Obergerichtes <u>Obergerichts</u> für die Gerichtskanzlei, die <u>welche</u> die <u>Auditorinnen und Auditoren</u> betreffen, sind sinngemäss anwendbar[BGS 161.112].</p>
<p>2. Geschäftsgang</p>	
<p>§ 16 Überwachung der Geschäftsführung</p> <p>¹ Der Präsident überwacht die Geschäftsführung des Gerichtes und sorgt für rasche Erledigung der Geschäfte.</p>	<p>¹ Der Präsident <u>Das Präsidium</u> überwacht die Geschäftsführung des Gerichtes <u>Gerichts</u> und sorgt für rasche Erledigung der Geschäfte.</p>
<p>§ 17 Einberufung des Gerichtes</p> <p>¹ Der Präsident versammelt das Gericht und ergänzt es allenfalls durch Ersatzleute.</p>	<p>¹ Der Präsident <u>Das Präsidium</u> versammelt das Gericht und ergänzt es allenfalls durch Ersatzleute <u>Ersatzmitglieder</u>.</p>
<p>§ 18 Leitung des Verfahrens</p> <p>¹ Der Präsident trifft die zur Leitung des Verfahrens notwendigen Verfügungen, insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gemäss § 66 Abs. 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes; 2. Auferlegung eines Kostenvorschusses gemäss § 26 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes; 3. Erlass dringlicher einstweiliger Verfügungen gemäss § 15 Abs. 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes und vorsorglicher Massnahmen gemäss § 17 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes; 4. Vollstreckungsmassnahmen. 	<p>¹ Der Präsident <u>Das Präsidium</u> trifft die zur Leitung des Verfahrens notwendigen Verfügungen, insbesondere:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Wiederherstellung der aufschiebenden Wirkung gemäss § 66 Abs. 2 des Verwaltungsrechtspflegegesetzes[BGS 162.1];

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>² Der Präsident kann den Gerichtsschreiber mit Vorkehrungen, welche zur Leitung des Verfahrens gehören, beauftragen.</p>	<p>² Der Präsident<u>Das Präsidium</u> kann den<u>die</u> <u>Gerichtsschreiberinnen und</u> Gerichtsschreiber mit Vorkehrungen, welche zur Leitung des Verfahrens gehören, beauftragen.</p>
<p>§ 19 Referent</p> <p>¹ Der Präsident bezeichnet für jedes Geschäft einen Richter als Referenten, soweit er nicht selbst als Referent amtet.</p> <p>² Der Präsident kann die Leitung des Beweisverfahrens sowie die Vornahme der nötigen verfahrensrechtlichen Anordnungen einem Referenten delegieren. Die jeweiligen Zeichnungs- und Anweisungsberechtigungen gemäss Verordnung über die Zeichnungs- und Anweisungsberechtigung am Verwaltungsgericht (ZAV VG) vom 19. Februar 2024 sind <u>[BGS 162.1]</u> zu respektieren.</p> <p>³ Der Referent unterbreitet dem Gericht einen schriftlichen Antrag oder einen Urteilsentwurf.</p>	<p>§ 19 Referent<u>Referat</u></p> <p>¹ Der Präsident<u>Das Präsidium</u> bezeichnet für jedes Geschäft einen Richter<u>ein Gerichtsmitglied</u> als <u>Referentin oder</u> Referenten, soweit er nicht selbst als Referent amtet.</p> <p>² Der Präsident<u>Das Präsidium</u> kann die Leitung des Beweisverfahrens sowie die Vornahme der nötigen verfahrensrechtlichen Anordnungen <u>einer Referentin oder</u> einem Referenten delegieren. Die jeweiligen Zeichnungs- und Anweisungsberechtigungen gemäss Verordnung über die Zeichnungs- und Anweisungsberechtigung am Verwaltungsgericht (ZAV VG) vom 19. Februar 2024 <u>[BGS 162.14]</u> sind zu respektieren.</p> <p>³ Der<u>Die Referentin oder der</u> Referent unterbreitet dem Gericht einen schriftlichen Antrag oder einen Urteilsentwurf.</p>
<p>§ 20 Beurteilung als Einzelrichter, in Dreier- oder Fünferbesetzung</p> <p>¹</p> <p>² Die Kammern urteilen in Dreierbesetzung, sofern nicht ein Mitglied der Dreierkammer die Beurteilung in Fünferbesetzung verlangt.</p> <p>³ Sind die Voraussetzungen für ein Nichteintreten auf ein Rechtsmittel offensichtlich erfüllt, so kann die Beurteilung durch den Einzelrichter erfolgen.</p>	<p>§ 20 Beurteilung als Einzelrichter, in <u>Einzel-</u>, Dreier- oder Fünferbesetzung</p> <p>³ Sind die Voraussetzungen für ein Nichteintreten auf ein Rechtsmittel offensichtlich erfüllt, so kann die Beurteilung durch den Einzelrichter<u>einzelrichterlich</u> erfolgen.</p>
<p>§ 21 Vollmacht</p> <p>¹ Parteivertreter haben als Ausweis eine Vollmacht zu den Akten zu legen; eine solche kann jederzeit nachgefordert werden.</p>	<p>¹ Parteivertreter<u>Parteivertretungen</u> haben als Ausweis eine Vollmacht zu den Akten zu legen; eine solche kann jederzeit nachgefordert werden.</p>

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>§ 22 Eingaben</p> <p>¹ Eingaben sind zu unterzeichnen und in genügender Anzahl einzureichen, mindestens im Doppel.</p> <p>² Fehlende Ausfertigungen werden nachverlangt oder auf Kosten der Partei erstellt.</p>	
<p>§ 23 Vorladung</p> <p>¹ Vorladungen werden, dringende Fälle vorbehalten, wenigstens zehn Tage vor der Verhandlung zugestellt.</p> <p>² Kann einer Partei die Vorladung trotz sachdienlichen Nachforschungen nicht zugestellt werden, so ist sie im Amtsblatt zu veröffentlichen.</p>	
<p>§ 24 Protokoll</p> <p>¹ Für jedes Verfahren wird ein Protokoll über die wesentlichen Verfahrensvorgänge geführt.</p> <p>² Zur Unterstützung der Protokollführung können Aufzeichnungsgeräte verwendet werden; hievon ist den Parteien vorgängig Kenntnis zu geben.</p>	
<p>§ 25 Akten</p> <p>¹ Gerichtsakten werden in der Regel nur an patentierte Anwälte herausgegeben.</p> <p>² Drittpersonen sind grundsätzlich nicht berechtigt, in die Gerichtsakten Einsicht zu nehmen; der Präsident kann aus zwingenden Gründen Ausnahmen bewilligen, sofern keine berechtigten Interessen verletzt werden.</p>	<p>¹ Gerichtsakten werden in der Regel nur an patentierter<u>im Anwaltsregister eingetragenen Anwältinnen und</u> Anwälte herausgegeben.</p> <p>² Drittpersonen sind grundsätzlich nicht berechtigt, in die Gerichtsakten Einsicht zu nehmen; der Präsident<u>das Präsidium</u> kann aus zwingenden Gründen Ausnahmen bewilligen, sofern keine berechtigten Interessen verletzt werden.</p>

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>³ Sind Akten abhanden gekommen, so werden sie soweit als möglich nach den Handakten des Gerichtes und der Parteien wiederhergestellt; die Parteien und weitere am Verfahren Beteiligte sind in diesen Fällen zur Herausgabe aller Unterlagen verpflichtet, welche die Sache betreffen.</p> <p>⁴ Die Akten erledigter Fälle werden den Einlegern zurückgegeben, im Übrigen nach den Bestimmungen des Archivgesetzes archiviert.</p>	<p>³ Sind Akten abhanden gekommen, so werden sie soweit als möglich nach den Handakten des Gerichtes<u>Gerichts</u> und der Parteien wiederhergestellt; die Parteien und weitere am Verfahren Beteiligte sind in diesen Fällen zur Herausgabe aller Unterlagen verpflichtet, welche die Sache betreffen.</p> <p>⁴ Die Akten erledigter Fälle werden den Einlegern zurückgegeben, im Übrigen nach den Bestimmungen des Archivgesetzes archiviert.</p>
<p>§ 26 Präsenzpflicht der Richter</p> <p>¹ Kein Mitglied darf ohne zureichende Gründe einer Gerichtssitzung fernbleiben.</p>	<p>§ 26 Präsenzpflicht der Richter<u>Gerichtsmitglieder</u></p>
<p>§ 27 Verhandlung</p> <p>¹ Bei einer öffentlichen Verhandlung kann der Präsident Personen, die Ruhe und Ordnung stören, wegweisen, in Fällen wiederholter grober Ordnungsstörungen auch Parteien und Parteivertreter.</p> <p>² Bild- und Tonaufnahmen sind unzulässig, soweit sie nicht vom Gericht angeordnet sind; eine solche Anordnung ist vorgängig den Parteien zur Kenntnis zu bringen.</p>	<p>¹ Bei einer öffentlichen Verhandlung kann der Präsident<u>das Präsidium</u> Personen, die Ruhe und Ordnung stören, wegweisen, in Fällen wiederholter grober Ordnungsstörungen auch Parteien und Parteivertreter<u>ihre Vertretungen</u>.</p>
<p>§ 28 Beratung und Abstimmung</p> <p>¹ Bei der Beratung unterbreitet der Referent dem Gericht seinen Antrag.</p> <p>² Anschliessend erteilt der Präsident zuerst denjenigen Richtern das Wort, die einen Gegenantrag stellen wollen.</p> <p>³ Verlangt kein Richter mehr das Wort, so schreitet der Präsident zur Abstimmung.</p>	<p>¹ Bei der Beratung unterbreitet <u>die Referentin oder</u> der Referent dem Gericht seinen<u>einen</u> Antrag.</p> <p>² Anschliessend erteilt der Präsident<u>das Präsidium</u> zuerst denjenigen Richtern<u>Gerichtsmitgliedern</u> das Wort, die einen Gegenantrag stellen wollen.</p> <p>³ Verlangt kein Richter<u>niemand</u> mehr das Wort, so schreitet der Präsident<u>das Präsidium</u> zur Abstimmung.</p>
<p>§ 29 Zirkulationsbeschluss</p>	

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>¹ Die Erledigung von Geschäften auf dem Zirkulationsweg ist zulässig. Jedem Richter bleibt vorbehalten, die mündliche Beratung zu verlangen.</p>	<p>¹ Die Erledigung von Geschäften auf dem Zirkulationsweg ist zulässig. Jedem Richter<u>Richter</u><u>Gerichtsmitglied</u> bleibt vorbehalten, die mündliche Beratung zu verlangen.</p>
<p>§ 30 Urteil – Unterzeichnung</p> <p>¹ Urteile und Beschlüsse werden vom Präsidenten und vom Gerichtsschreiber unterzeichnet.</p> <p>² Verfügungen, die die Leitung des Verfahrens betreffen, sowie Mitteilungen unterzeichnet der betreffende Richter oder der Gerichtsschreiber.</p>	<p>¹ Urteile und Beschlüsse werden vom Präsidenten<u>Präsidium</u> und <u>von der Gerichtsschreiberin bzw.</u> vom Gerichtsschreiber unterzeichnet.</p> <p>² Verfügungen, die die Leitung des Verfahrens betreffen, sowie Mitteilungen unterzeichnet der<u>das</u> betreffende Richter<u>Gerichtsmitglied</u> oder <u>die Gerichtsschreiberin bzw.</u> der Gerichtsschreiber.</p>
<p>§ 31 Urteil – Erläuterung</p> <p>¹ Ist ein Urteil unklar oder enthält es Widersprüche, so wird es von der betreffenden Kammer auf Antrag oder von Amtes wegen erläutert.</p> <p>² Ein Erläuterungsgesuch ist innert 30 Tagen nach Zustellung des Urteils einzureichen; der Präsident kann dem Erläuterungsgesuch aufschiebende Wirkung erteilen.</p> <p>³ Wird der Rechtsspruch durch die Erläuterung verändert, so werden die Rechtsmittelfristen neu eröffnet.</p>	<p>² Ein Erläuterungsgesuch ist innert 30 Tagen nach Zustellung des Urteils einzureichen; der Präsident<u>das Präsidium</u> kann dem Erläuterungsgesuch aufschiebende Wirkung erteilen.</p>
<p>§ 32 Urteil – Berichtigung</p> <p>¹ Offenkundige Versehen, wie Schreibfehler, Rechnungsirrtümer und irrige Bezeichnung der Parteien, werden vom Gerichtsschreiber im Einverständnis mit dem Präsidenten und unter Mitteilung an die Parteien berichtigt.</p>	<p>¹ Offenkundige Versehen, wie Schreibfehler, Rechnungsirrtümer und irrige Bezeichnung der Parteien, werden <u>von der Gerichtsschreiberin bzw.</u> vom Gerichtsschreiber im Einverständnis mit dem Präsidenten<u>Präsidium</u> und unter Mitteilung an die Parteien berichtigt.</p>
<p>§ 33 Revisionsgesuch</p>	

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
<p>¹ Revisionsgesuche werden vom Präsidenten an zwei Richter, die bei der Fällung des angefochtenen Urteils nicht mitgewirkt hatten, zur Prüfung überwiesen.</p> <p>² Die beiden Richter unterbreiten ihren Antrag dem Gesamtgericht, das über das Revisionsgesuch entscheidet.</p>	<p>¹ Revisionsgesuche werden vom PräsidentenPräsidium an zwei RichterGerichtsmitglieder, die bei der Fällung des angefochtenen Urteils nicht mitgewirkt hatten, zur Prüfung überwiesen.</p> <p>² Die beiden RichterMitglieder unterbreiten ihren Antrag dem Gesamtgericht, das über das Revisionsgesuch entscheidet.</p>
<p>§ 34 Veröffentlichung von Urteilen</p> <p>¹ Das Verwaltungsgericht veröffentlicht seine Urteile in geeigneter Form.</p> <p>² Berechtigte öffentliche oder private Interessen dürfen dabei nicht verletzt werden.</p> <p>³ In besonderen Fällen, insbesondere bei öffentlichem Interesse, können auch Verfügungen oder Beschlüsse veröffentlicht werden.</p>	
<p>3. Schlussbestimmung</p>	
<p>§ 35 Inkrafttreten</p> <p>¹ Diese Geschäftsordnung tritt mit der Genehmigung durch den Kantonsrat[Vom Kantonsrat genehmigt am 27. Januar 1977 (GS 21, 11), am 26. März 1992 (GS 24, 23), am 28. November 1996 (GS 25, 453) und am 21. Februar 2025 (GS 2025/009).] in Kraft. Sie gilt auch für die bereits anhängigen Verfahren.</p> <p>² Diese Geschäftsordnung ist in die Gesetzessammlung aufzunehmen.</p>	<p>¹ Diese Geschäftsordnung tritt mit der Genehmigung durch den Kantonsrat[Vom Kantonsrat genehmigt am 27. Januar 1977 (GS 21, 11), am 26. März 1992 (GS 24, 23), am 28. November 1996 (GS 25, 453), am 21. Februar 2025 (GS 2025/009) und am] in Kraft. Sie gilt auch für die bereits anhängigen Verfahren.</p>
	II.
	Keine Fremdänderungen.
	III.

Geltendes Recht	[D2] Antrag des Verwaltungsgerichts vom 27. Oktober 2025; Vorlage Nr. 3962.2 (Laufnummer 18271)
	<i>Keine Fremdaufhebungen.</i>
	IV.
	Diese Änderungen bedürfen der Genehmigung durch den Kantonsrat. Sie treten nach der Genehmigung[Vom Kantonsrat genehmigt am] am Tage nach der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft[Inkrafttreten am].
	<p>Zug, 27. Oktober 2025</p> <p>Verwaltungsgericht des Kantons Zug</p> <p>Die Präsidentin Diana Oswald</p> <p>Die Generalsekretärin Claudia Meier-Wiesner</p> <p>Publiziert im Amtsblatt vom</p>